



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/98 - 29.4.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 31831-53
Fernschreiber 039 890

12 Mio DM oder 1,2 Mrd. DM für den Luftschutz?	S. 1
Kiesingers römische Mission	S. 3
Alarmsignal erster Ordnung - Wandlungen der FDP in Niedersachsen	S. 5

Jeder Bombe ausgeliefert

sp - Wir leben nicht mehr im Zeitalter der schiefen Schlachtordnung Friedrichs des Großen. Es sind auch schon über 40 Jahre her, seit sich deutsche Fokker-Maschinen am Himmel tummelten und die damaligen "Aviatoren" dem Gegner freundlich zuwirkten, wenn ihre Schüsse daneben gegangen waren. Heute leben wir im Zeitalter furchtbarer Atom-, Wasserstoff- und Kobaltbomben und wenn eine Regierung heute von ihrem Volk - noch dazu von ihrem halben Volk - verlangt, wiederaufzurüsten, dann gibt es elementare Grundsätze, in welcher Reihenfolge eine solche Aufrüstung sich zu vollziehen hätte.

Unabhängig von allen politischen Gesichtspunkten wäre dabei der Punkt 1 "passiver Schutz für die Bevölkerung", Punkt 2 "Aufbau eines aktiven Luftschutzes" und erst an dritter Stelle käme die eigentliche Aufrüstung. Nun fordert der Bundeskanzler schon seit 1950 deutsche Soldaten; er hat auf der anderen Seite aber kaum einen Finger gerührt, um etwas für den Schutz der wehrlosen Zivilbevölkerung zu tun. Selbst wenn man vom Stand des Jahres 1955 ausgeht, ist das Ergebnis erschreckend, denn während die Bundesregierung für den passiven Luftschutz in diesem Jahr 12 Mio DM, also 24 DM pro Kopf der Bevölkerung ausgeben will, beträgt die Vergleichszahl für Großbritannien 4,10 DM und für Schweden sogar 8,-DM pro Kopf der Bevölkerung. Dabei haben diese Länder keinen Nachholbedarf zu decken, während

man in der Bundesrepublik praktisch von vorn anfangen muß.

Die Bundesregierung will zudem noch die spärlichen 12 Mio DM auf so viele Organisationen und bürokratische Einrichtungen aufteilen, dass für die entscheidenden baulichen Maßnahmen, wie in den abgelaufenen Haushaltsjahren, nicht ein einziger D-Pfennig übrig bleibt. Nicht viel anders steht es mit dem Luftschutzgesetz, das die Opposition schon seit über vier Jahren von der Bundesregierung fordert. Schon 1952 hat der sozialdemokratische Abgeordnete Friedrich Maier von den Besatzungsmächten gefordert, die damals noch bestehenden 2000 Großbunker in der Bundesrepublik freizugeben und sie wieder Luftschutzzwecken zugänglich zu machen. Damals redete man sich damit heraus, dass es zur Zeit noch nicht abzusehen wäre, ob diese Bunker auch gegen moderne Masservernichtungsmittel einen relativen Schutz bieten können. Im Jahre 1953 kam man dann zu der Erkenntnis, dass diese Bunker auch heute noch durchaus geeignet sind, Schutz zu bieten, aber Konsequenzen hat man bis heute nicht daraus gezogen. Im Gegenteil, die Koalitionsparteien hatten sogar im vergangenen Jahr den traurigen Mut, die von der SPD geforderte 1 Mrd DM für passive Luftschutzzwecke abzulehnen und nach Lage der Dinge ist anzunehmen, dass sie auch jetzt wieder einen sozialdemokratischen Antrag, 1,2 Mrd DM für diesen Zweck von den sogenannten "Verteidigungslasten" abzuzweigen, ablehnen werden. Dabei reicht selbst die Summe von 1,2 Mrd DM nicht aus, denn man sollte sich schließlich auch, etwa wie Schweden, überlegen, dass man in einer möglichen kriegerischen Auseinandersetzung die sogenannten Luftschutz-Schwerpunkte evakuieren muß und das erfordert Kosten, die vielleicht jährlich ein Doppeltes der geforderten 1,2 Mrd DM ausmachen.

Das passive Verhalten der Bundesregierung auf diesem Gebiet ist unverständlich, ja verantwortungslos. Auf der einen Seite treibt man eine Politik, die die Möglichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen durchaus in sich birgt. Auf der anderen Seite rührt man kaum einen Finger, um der Zivilbevölkerung selbst den primitivsten Schutz zu gewähren. Die angesetzten 12 Mio DM sind so lächerlich gering, dass sie noch nicht einmal dafür geeignet sind, das Gewissen einzuschläfern.

Der Bundeskanzler behauptete erst kürzlich, dass mit dem Abschluss der Pariser Verträge das deutsche Volk Sicherheit und Schutz erhält. In Wahrheit ist es jeder Bombe ausgeliefert. * * *

29.4.1955

Italien und die Neutralisierung Österreichs

PE - Rom, Ende April

Mehr als irgendwo sonst in Südwesteuropa hat man in Italien mit größter Aufmerksamkeit auf die überraschenden Wendungen in der Österreich-Frage geachtet, die in dem Moskauer Abkommen zwischen Bundeskanzler Raab und Molotow ihren ersten konkreten Niederschlag gefunden haben.

Die internationale Stellung Österreichs berührt das italienische Sicherheitsbedürfnis aus nächster Nähe und ist deshalb auch seit dem Ende des ersten Weltkrieges von Rom aus stets mit ganz besonderer Empfindlichkeit beobachtet worden. Lange Zeit galt der Satz als ein Axiom der italienischen Außenpolitik, den einst Mussolini, damals noch drohend an Hitlers Adresse gerichtet, in aller Öffentlichkeit aussprach: "Chi tocca l'Austria tocca noi - Wer Österreich anrührt, rührt uns an!" Der "Anschluß", den Mussolini einmal zu verhindern wußte, wurde denn auch, als er dann trotzdem stattfand, bereits 1938 vielfach als Italiens schwerste außenpolitische Niederlage empfunden.

Die jetzt in greifbare Nähe gerückte Möglichkeit, dass der größere Teil der italienischen Alpengrenze durch ein breites neutrales Vorfeld abgesichert werde, dass also ein zweites neutralisiertes Nachbarland an die Seite der Schweiz treten könnte, muß auf viele in den Traditionen des Palazzo Chigi großgewordene italienische Staatsmänner höchst verlockend wirken. Würde doch durch eine solche Lösung weitgehend jener Zustand wiederhergestellt werden, den die italienische Diplomatie jahrzehntelang als Idealsituation in Mitteleuropa angesehen hat.

Solchen Überlegungen stehen jedoch andere gegenüber, die insbesondere in dem stark "atlantisch" orientierten italienischen Generalstab angestellt werden und die kürzlich in einem vielbeachteten Artikel eines Militärexperten in der römischen Tageszeitung "Giornale d'Italia" dargestellt wurden. Die Neutralisierung Österreichs wäre, dieser Auffassung gemäß, gleichbedeutend mit der Aufgabe aller auf österreichischem Boden in Vorbereitung oder Planung begriffenen Verteidigungsanlagen der Atlantikpakt-Mächte, also in erster Linie der Amerikaner.

Was soll aus dem nachschubtechnischen Zusammenhalt der verbündeten westeuropäischen Armeen werden, so fragte der Experte des "Giornale d'Italia", wenn die Landbrücke zwischen Italien und Deutschland durch einen neutralen Riegel unterbrochen wird, wenn jeder Soldat, jeder Materialwagen, der von Livorno aus die süddeutschen Basen erreichen soll, den Weg über Lyon statt des bisherigen über Innsbruck nehmen muß?

Wie in Rom verlautet, versuchte man in diesen Tagen auch von Bonn her, in Italien Stimmung gegen die Neutralisierung Österreichs zu machen. Man bringt dies mit dem Lufttaucher des CDU-Abgeordneten Dr. Kurt Georg Kiesinger in Rom in Verbindung, jenes Mannes, dem boshafte Zungen die Bezeichnung "Des Teufels Advokat" angehängt haben. Dr. Kiesinger, der als hervorragender Jurist gilt, war nämlich zu Zeiten Ribbentrops im Auswärtigen Amt in Berlin tätig und erfüllte während des Krieges die nicht gerade sympathische Aufgabe, den verbündeten und neutralen Pressevertretern in Berlin jeweils die neuesten Überfälle Hitlers auf friedliche Nachbarländer durch spitzfindige juristische "Begründungen" schmackhaft zu machen.

Offiziell war Dr. Kiesinger bloß nach Rom gereist, um dort an Beratungen der Rechtskommission des Europarates teilzunehmen. Der wahre Zweck seines Aufenthaltes in der Ewigen Stadt soll jedoch, wie versichert wird, ein wesentlich anderer gewesen sein: Höchste Bonner Persönlichkeiten hätten ihn damit beauftragt, in Rom auf die "Gefahren" einer Neutralisierung Österreichs hinzuweisen und zu diesem Ende sowohl bei den leitenden Männern der Democrazia Cristiana als auch bei führenden Militärs vorstellig zu werden. Die italienische Regierung soll auf diese Weise dazu gebracht werden, im Verein mit der westdeutschen Regierung auf Washington einzuwirken, mit dem Ziel, die amerikanische Zustimmung zu den Moskauer Annäherungen Österreichs zu verhindern.

Wobei es allerdings noch die Frage ist, ob dergleichen von Bonn aus unternommene Bemühungen in Rom geeignet sind, an dem Ablauf der kommenden Entwicklungen in Österreich noch sonderlich viel zu ändern.

Von Foege zu Schlüter

sp - Zum neuen Vorsitzenden der 12 Abgeordnete zählenden FDP-Fraktion in Niedersachsen wurde der Göttinger Verleger Leonhard Schlüter gewählt. Er ist damit der Nachfolger des bisherigen Fraktionsvorsitzenden Hermann Foege geworden, des Göttinger Oberbürgermeister, der am vergangenen Sonntag seinen sozialdemokratischen Gegenkandidaten unterlag.

Dieser Sachverhalt kennzeichnet eine ebenso interessante wie gefährliche Entwicklung im Lager der niedersächsischen bürgerlichen Parteien, speziell bei der FDP. Foege tritt ab, Schlüter rückt nach. Foege, angesehener Göttinger Rechtsanwalt, lange Jahre unbestrittener Führer der FDP in Niedersachsen und langjähriger Oberbürgermeister seiner Heimatstadt, ist ein liberaler Mann. Als Schlüter im Herbst 1951 von der rechtsradikalen DRP zur FDP übertrat, bezeichneten die Gründer des "Liberalen Bundes" selbst ihn als einen nationalsozialistischen Unterwanderer.

Schlüters Vergangenheit und Werdegang in den letzten Jahren ist ungemein aufschlußreich. Er ist Halbjude, hat aber trotz dieser "rassischen Belastung" im Dritten Reich die Sondergenehmigung zum Studium erhalten. Viele seiner Verwandten sind in Konzentrationslagern umgekommen. Er selbst hatte nach dem Kriege als Märtyrer des Naziterrors durch Einfluß der Besatzungsstellen zunächst Glück und Erfolg, bis er 1947 aus dem Göttinger Polizeidienst wieder entlassen werden mußte, mit der ihm ausdrücklich erteilten Erlaubnis, sich "Kriminaloberinspektor auf Probe a.B." zu nennen. In diesen Jahren war er Mitglied und bald Landesvorsitzender der extremistischen Deutschen Rechtspartei. Sein besonderes Betätigungsfeld war der Wolfsburger Bezirk, von dem aus er eine allgemeine radikale Rechtsorientierung, zunächst in Niedersachsen, später im ganzen Bundesgebiet hoffte einleiten und erreichen zu können. Für seine politische Grundhaltung ist ein Bekenntnis charakteristisch, das er im Januar 1951 in Gifhorn ablegte: Der Nationalsozialismus ist die gesündeste Bewegung in Deutschland seit 1900 gewesen.

Schlüters Weg nach vorn

Schlüter trat dann, wie erwähnt, im September 1951 zur FDP über. Seitdem hat er sich in öffentlichen Erklärungen mit Lobsprüchen für den Nationalsozialismus zurückgehalten. Aber die Auswahl der Schriften, die er in dem ihm gehörenden Plesse-Verlag in Göttingen herausgibt, ist eine hinreichend deutliche Visitenkarte. (Um nur zwei zu erwähnen: Die John-Broschüre des ehemaligen Gestapo-Chefs Diele und die Schrift des französischen Faschisten Maurice Bardèche: Der Weg nach vorn).

Die letzte Etappe des Schlüterschen Weges nach vorn: Im November

29.4.1955

1954 erstattete der Innenminister von Niedersachsen beim Oberstaatsanwalt in Göttingen Anzeige gegen Schlüter wegen versuchter passiver Beamtenebstechung des Polizeiwachmeister Heinz Heuer. Der Landtag hob nach Prüfung der Unterlagen die Immunität des Abgeordneten Schlüter auf. Das Verfahren schwebt. Schlüter steht im Verdacht, versucht zu haben, den schon erwähnten Polizeibeamten zu Spitzelleistungen zu verleiten. Noch am 7. April 1954 hatte er selbst vor dem Niedersächsischen Landtag erklärt: "Ich halte es für außerordentlich bedenklich, wenn Beamte der allgemeinen inneren Verwaltung mit Spitzeldiensten beauftragt werden"...

Dies ist der neue führende Kopf der FDP in Niedersachsen, der Partei, ohne deren Mitarbeit CDU und DP, die sich möglicherweise wieder zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammenschließen werden, auf die Dauer nicht auskommen können, wenn sie die Regierung bilden. Die radikalen Parteien haben, wie überall, auch in Niedersachsen eine vernichtende Niederlage erlitten. Ihre verderbliche Wirkung kann aber durch Unterwanderung der bürgerlichen Parteien sehr leicht doppelt gefährlich werden. So gesehen ist die Wahl Schlüters zum Fraktionsvorsitzenden der FDP ein Alarmsignal erster Ordnung.

* * *

Klarstellung

Am 13. April d.J. veröffentlichten wir eine Zuschrift, die sich mit dem Schicksal des früheren Rechtsanwaltes und späteren beauftragten Richters Dr. Botho Laserstein befasste. Der Darstellung konnte entnommen werden, dass Laserstein am 9. März d.J. Selbstmord begangen hat, weil er sich mit seinem öffentlichen Kampf gegen die Todesstrafe mißliebig gemacht habe und deswegen vom Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Justizdienst entlassen worden sei.

Eine ausführliche Verlautbarung des Justizministeriums teilte nach dieser Veröffentlichung in unserem Dienst eine Reihe von Tatsachen mit, die dem Autor des Artikels offenbar nicht bekannt gewesen sind. Die Gründe, weswegen Laserstein aus eigenem Entschluß aus dem Leben schied, erscheinen dadurch in einem anderen Licht. Das Verhalten des Justizministeriums von Nordrhein-Westfalen in dieser tragischen Angelegenheit bietet für Vorwürfe keinen Anlass. Wir bedauern, dass unsere Darstellung dem wahren Sachverhalt nicht gerecht geworden ist.

SPD-Pressedienst
Redaktion

Verantwortlich: Peter Rannau